

Rede
des Präsidenten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und
Katastrophenhilfe,
Christoph Unger,
auf dem
1. Europäischen Katastrophenschutzkongress
Früherkennung - Alarmierung – Koordination
am 17. Mai 2005 in Bonn

**"Nationales und internationales Krisenmanagement-
die Aufgabenspektren des BBK"**

Zunächst freue ich mich auch, dass wir in großer Runde uns hier zum 1. Europäischen Katastrophenschutzkongress zusammengefunden haben. Ich wünsche der Veranstaltung viel Erfolg und einen regen Austausch der Kenntnisse und Erfahrung aller hier Anwesenden.

Nun zu meinem eigentlichen Thema: "Nationales und internationales Krisenmanagement- die Aufgabenspektren des BBK"

Um Effektivität und Effizienz unseres integrierten Hilfeleistungssystems im Bevölkerungsschutz und der Katastrophenhilfe zu steigern, hat sich der Bundesminister des Innern in der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) im Juni 2002 mit den Ländern auf eine neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland verständigt.

Diese neue Strategie fordert vor allem ein gemeinsames Krisenmanagement durch Bund und Länder bei außergewöhnlichen, national bedeutsamen Gefahren- und Schadenslagen, bei dem alle Ebenen (Kommunen, Länder, Bund) zusammenarbeiten müssen.

Die vorhandenen Hilfspotenziale des Bundes und die der Länder, also vornehmlich Feuerwehren und Hilfsorganisationen, sollen besser miteinander verzahnt werden, vor allem sollen neue Koordinierungsinstrumente für ein effizienteres Zusammenwirken des Bundes und der Länder, insbesondere verbesserte Koordinierung der Informationssysteme, entwickelt werden, damit die Gefahrenabwehr auch auf neue, außergewöhnliche Bedrohungen angemessen reagieren kann.

Meine Damen und Herren,

welche Instrumente und Möglichkeiten stehen dem BBK für das Krisenmanagement, national und international, an denen Länder und Kommunen partizipieren, zur Verfügung?

Das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum (GMLZ)

Ein wesentlicher Bestandteil der Neuen Strategie ist die Einrichtung einer gemeinsamen Interministeriellen Koordinierungsgruppe von Bund und Ländern für großflächige Gefahrenlagen, eines gemeinsamen Melde- und Lagezentrums (GMLZ) zu deren

Unterstützung sowie die Inbetriebnahme des Deutschen Notfallvorsorge-Informationssystems (deNIS).

Zweck des Gemeinsamen Melde- und Lagezentrums (GMLZ), das seit dem 1. Oktober 2002 betrieben wird, ist die Sicherstellung des länder- und organisationsübergreifenden Informations- und Ressourcenmanagement bei großflächigen Schadenslagen oder sonstigen Lagen von nationaler Bedeutung im In- und Ausland (Naturkatastrophen und andere Katastrophen, aber auch Terroranschläge). Hierzu ist ein ständiges, flächendeckendes, nationales Lagebild der zivilen Sicherheitslage erforderlich. Die zentrale großflächige Betrachtung, das ständige Monitoring und die Integration von verschiedensten interdisziplinären Gefahrenerfassungsquellen lassen ein frühzeitiges Erkennen komplexer Szenarien zu.

Bislang nicht wahrgenommene Zusammenhänge und Lageentwicklungen, insbesondere in Bereichen mit einem hohen Gefährdungspotenzial für die Bevölkerung (ABC-Gefahren) werden durch das GMLZ transparent. Angemessene Gefahrenabwehrmaßnahmen können beschleunigt und zeitgerecht eingeleitet werden.

Darüber hinaus wird das GMLZ im Auftrag des Bundesministeriums des Innern im Rahmen des Gemeinschaftsverfahrens der Europäischen Union zur Förderung einer verstärkten Zusammenarbeit bei Katastrophenschutzereignissen tätig, so vor kurzem federführend für Deutschland im Rahmen einer europäischen Übung in Südfrankreich unter Beteiligung der EU-Kommission und mehrerer europäischer Staaten.

Die **primären Aufgaben des GMLZ** sind:

- Geschäftsstellenfunktion der Interministeriellen Koordinierungsgruppe in Berlin
- Betrieb eines ständig erreichbaren Meldekopfs bei großflächigen Gefahrenlagen und Ereignissen von nationaler Bedeutung,
- die Generierung eines jederzeit aktuellen, flächendeckenden Lagebildes der zivilen Sicherheitslage,
- das Erstellen qualifizierter und überprüfter Gefahren- und Schadensprognosen in Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Stellen und Institutionen, zum Beispiel bei Auswirkungen von Erdbeben
- die Vermittlung von Engpassressourcen zur Gefahrenabwehr an nationale und internationale Bedarfsträger, zum Beispiel Chlortabletten nach Südostasien nach dem Seebeben
- die Koordinierung der Zusammenarbeit bei Katastrophenschutzereignissen im Rahmen des Gemeinschaftsverfahrens der Europäischen Union.

Hierzu bedient sich das GMLZ sowohl des deutschen Notfallvorsorge-Informationssystems, als auch eines ständig wachsenden Netzwerks von eigenen und externen Experten aus den verschiedensten Einrichtungen und Behörden aus dem Bereich des Bevölkerungsschutzes. Neben 25 wissenschaftlichen Disziplinen die allein im BBK vertreten sind, sind dies z.B.: Robert-Koch-Institut, Paul-Ehrlich-Institut, Bundesamt für Sera und Impfstoffe, das Havariekommando, Deutscher Wetterdienst, Bundeskriminalamt, Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik, Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr oder das Geoforschungszentrum Potsdam (Beispiel Niedersachsen).

Das GMLZ ist mit modernster Hard-, Software und Medientechnik ausgestattet und gehört somit zu den modernsten Lagezentren in Deutschland. Es hat seine Bewährungsprobe längst bestanden und ist zwischenzeitlich an vielen Einsätzen beteiligt gewesen, nicht zuletzt beim Seebeben in Südostasien, aber auch bei Übungen wie Lükex 2004 und "Florian".

Ausblick

Insgesamt leistet der Bund mit dem GMLZ einen wichtigen Beitrag zu einem gemeinsamen Bund-Länder-Krisenmanagement. Es gilt deshalb das Ressort- und Länderübergreifende interdisziplinäre Netzwerk auszubauen, um frühzeitig Gefahrenentwicklungen erkennen und bekämpfen zu können. Um diese Aufgabe bewältigen zu können, kann das GMLZ, kann das gesamte BBK nicht als Verwaltungsbehörde in hergebrachter Form handeln. Wir müssen uns einsatzorientiert aufstellen, zum Beispiel mit einer lageangepassten besonderen Aufbauorganisation.

Der Erfolg des GMLZ wird maßgeblich von der aktiven Unterstützung und Mitwirkung aller Beteiligten abhängen. Herzlichen Dank an Herrn Minister Behrens für den Einsatz der Feuerwehren aus NRW, zum Beispiel des Mobilen Führungsunterstützungsstabes (MoFüSt) Rheinland, während des Seebebens.

Allerdings gibt es auch noch weitere Verbesserungsmöglichkeiten bei der Zusammenarbeit, so bei Anlieferung von Lageinformationen durch die Länder.

Das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS)

Obwohl wir über ausreichende Hilfepotenziale verfügen, hat sich zum Beispiel bei der Bewältigung des Elbehochwassers gezeigt, dass dringend Verbesserungen beim überörtlichen Ressourcenmanagement geschaffen werden müssen. Defizite bei der Gewinnung, Verarbeitung und Übermittlung von Informationen waren oft Ursache für die aufgetretenen Schwierigkeiten, zum Beispiel bei der Beschaffung von Sandsäcken.

Auch in der Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt, dass bei großflächigen Schadenslagen die notwendigen Informationen nicht oder nicht zeitgerecht zur Verfügung standen. Darüber hinaus werden mit deNIS auch internationale Verpflichtungen gegenüber der EU erfüllt, die zurzeit eine zentrale Datenbank über Hilfeleistungspotenziale aufbaut. Hierzu ist es notwendig, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten nationale Datenbanken in diesem Bereich schaffen. Aus diesem Grund hat Bundesinnenminister Otto Schily bereits Mitte 2001 entschieden, ein deutsches Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) aufzubauen.

deNIS I

Mit deNIS I wurde eine offene Internetplattform geschaffen, um die im Internet verfügbaren Informationen zu Notfallvorsorgemaßnahmen konzentriert anzubieten. Unter www.denis.bund.de stehen heute dem Nutzer mehr als 2.000 Links zu anderen Internetseiten zur Verfügung. Hier findet er Hintergrundinformationen zum Bevölkerungsschutz und der Katastrophenhilfe, Hinweise für die Bevölkerung über Vorsorgemaßnahmen und Verhaltensregeln bei Gefahren sowie Erfahrungsberichte über Maßnahmen zur Gefahrenabwehr.

Während des Elbehochwassers hat sich gezeigt, dass die durchschnittlichen Zugriffszahlen von ca. 1.000 pro Tag auf knapp 10.000 stiegen. Dies macht deutlich, dass bei großflächigen Gefahrenlagen deNIS als Informationsportal angenommen wird.

deNIS II

Ziel dieses Informationssystems ist es, ein Netzwerk im Bereich des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenhilfe aufzubauen, um das Krisenmanagement bei außergewöhnlichen Gefahren- und Schadenslagen zu unterstützen. Hierzu sollen Daten von Bundesressorts, Ländern, Instituten und internationaler Institutionen zentral zusammengefasst, aufbereitet und berechtigten Bedarfsträgern zur Verfügung gestellt werden. Zu diesen Daten gehören Informationen über personelle, materielle und infrastrukturelle Hilfeleistungspotenziale aber auch über Standorte risikobehafteter Anlagen.

Da hierbei auch vertrauliche Informationen ausgetauscht werden, wird dieses System nur einem eingeschränkten Nutzerkreis zur Verfügung stehen. Hierbei handelt es sich um Entscheidungsträger bei Bund und Länder, die bei einer großflächigen Gefahrenlage tätig werden. Zu diesem geschlossenen Nutzerkreis zählt die Interministerielle Koordinierungsgruppe, die aus Vertretern der Bundesressorts und der Länder besteht und nur bei großflächigen Gefahrenlagen zusammentritt. Darüber hinaus werden auch die Lagezentren der Innenministerien der Länder und die obersten Katastrophenschutzbehörden der Länder sowie die Hilfsorganisationen Zugang zu deNIS II erhalten.

Wichtige Informationen zu Hilfeleistung- und Risikopotenzialen sind weit verstreut bei Spezialbehörden vorhanden. Wie bereits erwähnt, wird eine wichtige Aufgabe von deNIS II sein, diese Daten zentral zusammenzuführen, um sie den Entscheidungsträgern **zur Verfügung zu stellen**.

Darüber hinaus sollen diese Daten aber auch für die Unterstützung des Krisenmanagements bei großflächigen Gefahrenlagen **aufbereitet werden**. Hierzu nutzt deNIS II ein geographisches Informationssystem. Kernelement dieses Systems ist eine interaktive Bildschirm-Lagekarte.

Aufbaustand deNIS II

Im Herbst 2004 wurden die ersten Bundesbehörden an deNIS II angeschlossen. Im Sommer 2005 werden die Lagezentren der Länder angeschlossen, später folgen die Hilfsorganisationen. Anschließend wird der Normalbetrieb des Systems aufgenommen, es soll dann der Anschluss der Hilfsorganisationen erfolgen.

deNIS II plus

deNIS II plus, eine Weiterentwicklung, will auf Basis der deNIS II-Technologie den Ländern eine Software bereitstellen, um im Bereich des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenhilfe kompatible Informationssysteme aufzubauen. Im Unterschied zu deNIS II wird deNIS II plus Werkzeuge enthalten, die eine dezentrale Erfassung von Daten zu Hilfeleistungspotenzialen ermöglicht. Darüber hinaus wird deNIS II plus auch Elemente enthalten, die eine Erfassung und Übermittlung von Lagemeldungen auf der Ebene der unteren Katastrophenschutzbehörden zulassen. Mit der Weiterentwicklung zu deNIS II plus bietet sich die Möglichkeit, alle Führungsebenen miteinander zu vernetzen und in

Deutschland ein umfassendes Netzwerk im Bereich des Bevölkerungsschutzes aufzubauen. Ein Modellprojekt wird zur Zeit mit Hamburg durchgeführt. Die Realisierung eines solchen Netzwerkes kann aber nur von Bund und Ländern gemeinsam, das heißt auch unter entsprechender Kostenverteilung, erfolgen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass mit dem deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem den Entscheidungsträgern für den Bevölkerungsschutz und der Katastrophenhilfe bei Bund und Ländern eine wichtige Plattform bereitgestellt wird, um das Krisenmanagement bei großflächigen Gefahrenlagen zu unterstützen. deNIS II und II plus sollen durch die Bereitstellung der vernetzten Informationen die Risikoabschätzung und das Ressourcenmanagement auf der oberen Entscheidungsebene erleichtern.

Inbesondere soll die Beurteilung der Lage hinsichtlich der rechtzeitigen Anforderung weiterer Hilfeleistungspotenziale oder von Engpassressourcen aus Nachbarländern oder des Bundes erleichtert werden.

Insgesamt leistet der Bund mit deNIS einen wichtigen Beitrag zum E-Government im Bereich des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenhilfe.

Das Satellitengestützte Warnsystem (SatWaS)

Das heutige Konzept für die Warnung der Bevölkerung basiert auf der Nutzung verschiedener moderner und zukunftsweisender Technologien.

Innerhalb des neuen Warnsystems, das künftig auch für die Warnung bei "friedensmäßigen Katastrophen" eingesetzt werden soll, bildet die Warnung über den Rundfunk einen besonderen Schwerpunkt. Sie bietet die Möglichkeit, nicht nur vor Gefahren zu warnen, sondern zeitgleich gefahrenbezogen Verhaltensregeln an die Bevölkerung weiterzugeben.

Die neuen Systeme machen es möglich, zum Beispiel von Bonn aus sekundenschnell Warnmeldungen und Gefahrendurchsagen mit höchster Priorität über Satellit an die angeschlossenen Medien weiterzugeben. Die Warnmeldungen beinhalten die Aufforderung an den Redakteur, die laufende Sendung sofort zu unterbrechen und den Text der Warnung über den Sender weiter zu geben.

Neben den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wurden auch private Betreiber in dieses System einbezogen. 45 überregionale und 80 lokale Anbieter haben sich dem Warnsystem bereits angeschlossen.

Betreibern von Internetportalen wird ebenfalls ein Anschluss an das Satellitengestützte Warnsystem angeboten. Sie können dann Warnmeldungen in ihren Netzen an die Kunden verbreiten. Zurzeit sind zwei Anbieter, T-Online und my-weblife, betriebsbereit an SatWaS angeschlossen. Auch ein Paging-Dienst, e-Message, hat sich an das System angeschlossen und leitet an seine Pager-Kunden Hinweise auf Warndurchsagen weiter.

Durch den Anschluss großer Presseagenturen, beispielsweise DPA und AFP, werden die Warndurchsagen auch an deren Medien- und Pressekunden weitergeleitet.

Ein - unterstützendes - neues Sirensystem, das wegen seiner "Weckfunktion" auch Vorteile besäße und ja nach meiner Kenntnis in zwei Ländern eine Renaissance erfahren hat, würde zwar alleine den Bund einen dreistelligen Millionenbetrag kosten, dennoch prüfen wir - neben anderen Alternativen - dessen Realisierbarkeit. Und wir halten weiter aktiv Ausschau nach neuen innovativen Möglichkeiten auf diesem Sektor.

Psychosoziale Notfallversorgung durch NOAH

Anfang des Jahres 2003 wurde im Zusammenhang mit den Anti-Terrormaßnahmen eine zentrale Stelle zur Koordinierung der Nachsorge, Opfer- und Angehörigen - Hilfe für von schweren Unglücksfällen oder Terroranschlägen im Ausland betroffene Deutsche (NOAH) geschaffen.

Der Bund hat damit eine Stelle eingerichtet, die die durch das Auswärtige Amt aufgrund des Konsulargesetzes veranlassten Betreuungsmaßnahmen im Ausland bei Bedarf möglichst nahtlos im Inland aufgreift und fortsetzt, ohne dabei in die Zuständigkeiten der Länder, Kommunen, Stellen, Einrichtungen und Privatunternehmen einzugreifen. Das Kürzel "**NOAH**" wurde bekannt

Die Betreuung, die zuvor schon z.B. bei dem Terroranschlag von Bali oder verschiedenen Geiselnahmen für deutsche Staatsbürger angeboten worden ist, soll auf Bundesebene in ein integriertes Gesamtkonzept eingebunden werden. Die Aufgabe erfordert eine mehr oder weniger "einsatzstrukturelle" Gliederung dieses Arbeitsbereiches in meiner Behörde, um fachlich effizient und kompetent zu sein; außerhalb stützen wir uns auf ein großes Netzwerk von Ärzten, Psychologen, Seelsorgern sowie die Kriseninterventionsteams der Feuerwehren oder die Hilfsorganisationen, die z.B. auf den Flughäfen die Asien-Heimkehrer in Empfang genommen haben. Dieses Netzwerk, das sich über den Bund, die Länder und die kommunale Ebene erstreckt, wird jetzt ausgebaut und optimiert, auch in Hinblick auf die im nächsten Jahr stattfindende Fußball-Weltmeisterschaft und deren besondere Herausforderungen.

Hauptaufgabe von NOAH ist es, unmittelbar nach einem Unglücksfall, einer Katastrophe oder Terrorakt im Ausland in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt und den in den Bundesländern koordinierenden Stellen eine psychosoziale Betreuung der Opfer und Angehörigen in Deutschland aufzubauen und solange wie erforderlich aufrechtzuerhalten.

NOAH hat sich somit als unverzichtbarer Bestandteil des Krisenmanagements von Bund und Ländern zur Koordinierung der Nachbetreuungsmaßnahmen von deutschen Opfern und Angehörigen von Großschadensereignissen im Ausland etabliert.

Meine Damen und Herren,

Krisen managen kann nur der, der dafür vorbereitet ist, hier möchte ich nun auf die Dienstleistungsangebote der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz auf dem Gebiet des Krisenmanagements zu sprechen kommen. Eine tragende Säule der Ausbildung an der AKNZ, die seit Juni 2002 den Zusatz "Krisenmanagement" im Titel trägt, ist die Schulung der Führungs- und Krisenkräfte. Auch für diesen Bereich stellen sich angesichts der neuen Bedrohungssituation und den Erfordernissen ihrer Bewältigung neue Anforderungen. Aufgrund der organisatorischen Neuorientierung im Führungsbereich - Stichwort: Grundstruktur der Führungsorganisation nach der Feuerwehrdienstvorschrift 100 - eröffnet sich ein neues Tätigkeitsfeld für die Aus-

und Fortbildung. Deshalb bietet die AKNZ in ihrem Jahresprogramm ein breit gefächertes Angebot für die Aus- und fortbildung der Führungs- und Krisenkräfte an, das nicht nur Stabstraining, sondern auch die Ausbildung bestimmter Funktionsträger wie z.B. Pressesprecher in eigenen Ausbildungsgängen umfasst. Letztlich gehört auch die länderübergreifende Krisenmanagementübung LÜKEX dazu, auf die ich jetzt zu sprechen kommen möchte.

LÜKEX 2004 / LÜKEX 2005

Meine Damen und Herren,

in der Vergangenheit waren die Übungen im Bevölkerungsschutz und der Katastrophenhilfe zurückgefahren worden. Initiiert und koordiniert fand im vergangenen Jahr die erste länderübergreifende Krisenmanagementübung "LÜKEX 2004" für Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung statt. Es handelte sich dabei um eine Stabsrahmenübung mit Verwaltungsstäben auf verschiedenen Führungsebenen und mit entsprechenden Stäben der Polizei. Folgende Ziele wurden verfolgt:

- Bereichsübergreifende Koordination
- Herbeiführung strategischer und politischer Entscheidungen auch unter Zeitdruck
- Steuerung der Öffentlichkeitsarbeit
- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Behörden/ Verwaltungsstäben
- Schaffung der Rahmenbedingungen für den erfolgreichen operativ/taktischen Einsatz der Einsatzkräfte.

Schon heute lässt sich sagen, dass diese Übung ein wichtiger und unerlässlicher Schritt für die Professionalisierung des Krisenmanagements war und somit seine Pilotfunktion für weitere Übungen dieser Art in vollem Umfang erfüllte. Die auch unter Beteiligung der teilnehmenden Länder, Behörden, Organisationen und privaten Unternehmen durchgeführten Auswertungen haben dieses positive Ergebnis bestätigt.

Die Ausbildung und die Übungen der Führungs- und Krisenkräfte in diesem Jahr stehen voll im Zeichen der im nächsten Jahr stattfindenden Fußball-Weltmeisterschaft. Hierzu gilt es, die notwendigen Vorbereitungen auch im Bereich der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr zu tätigen.

Beim Fachbereich „Nationales und Internationales Krisenmanagement“ der AKNZ wurde hierfür extra eine Arbeitsgruppe "WM 2006-nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr" eingerichtet.

Bei der kommenden Fußball-Weltmeisterschaft werden die Länder durch viele Maßnahmen von Seiten des Bundes insbesondere durch das BBK und seine Zentren unterstützt:

- Lageerfassung und -aufbereitung über das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund - und Ländern bei großflächigen Gefahrenlagen (GMLZ),
- Bereitstellung einer erweiterten Version des deutschen Notfallvorsorge-Informationssystems (deNIS) mit spezifischen Informationsangeboten des Bevölkerungsschutzes zur Fußball-Weltmeisterschaft und Werkzeugen zur Führungsunterstützung,
- Aufbau einer Task Force "Psychosoziale Unterstützung" für Besucher aus anderen Kulturkreisen der "Zentralstelle zur Koordinierung der Nachsorge, Opfer- und Angehörigen-Hilfe (NOAH)"

- Erarbeitung von Fach- und Organisationskonzepten zu identifizierten Spezialthemen des Bevölkerungsschutzes bei Großveranstaltungen (ABC-Schutz, Katastrophenmedizin, Psychosoziale Unterstützung) in Arbeitsgruppen des BBK unter Beteiligung der Länder und weiterer Experten ,
- Durchführung von Seminaren an der AKNZ zur Schulung von Führungsgremien und Spezialisten und Vorbereitung der nationalen Übung "LÜKEX".

Meine Damen und Herren,
zum Schluss meiner Rede möchte ich noch kurz auf die politische Dimension unseres Handelns im Bereich Krisenmanagement eingehen.

Es bestehen berechtigte Zweifel daran, dass das Grundgesetz und das Zivilschutzgesetz als Legitimation für das umfangreiche Engagement des Bundes, das auf Wunsch der Länder noch ausgeweitet werden soll, ausreicht. Auch ist in Erinnerung zu rufen, dass der Haushalt den Bund an die Zivilschutzaufgabe bindet und nicht auf den Bereich Katastrophenschutz abzielt. Es bleibt der zukünftigen Diskussion vorbehalten, ob das Handeln des Bundes durch rechtliche Änderungen auf ein neues, gesichertes Fundament gestellt werden kann.

Mit diesem Hinweis will ich meinen Vortrag beenden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.